

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.—, Erhältlich tgl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, II. Tel. 3168.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Insetats müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 4.

Dresden, Dienstag den 7. Januar 1913.

24. Jahrg.

Der bisherige Vorkämpfer in Rom v. Jagow übernimmt die Leitung des auswärtigen Amtes.

Die in Berlin verammelten Vertreter der Einzelstaaten haben sich über die Besitzfrage nicht einigen können.

Die Friedensverhandlungen werden vor Donnerstag aber Freitag nicht wieder aufgenommen werden.

Bei Newport News ist der Dampfer S. Ludenbach gesunken. Sechzehn Personen fanden den Tod in den Wellen.

Gottlieb v. Jagow.

Der bisherige Vorkämpfer in Rom, Herr Gottlieb v. Jagow, wird der Nachfolger des verstorbenen v. Aderer-Büchler in der Leitung des auswärtigen Amtes sein. Die offizielle Meldung sagte bisher zwar nur, er sei „in Aussicht genommen“, doch die endgültige Ernennung durch den Kaiser gilt als zweifellos.

Der Reichskanzler, der sich Herrn v. Jagow als Mitarbeiter für eines der wichtigsten, in den gegenwärtigen kritischen Zeiten wohl das wichtigste, Reichsämter ausserordentlich hat über vom Kaiser hat auserkennen lassen, hat oft genug jene demokratische, aristokratische Anschauung von der überragenden Bedeutung aristokratischer Persönlichkeiten bekundet. Jetzt hat sich aber wieder gezeigt, wie wenig das heutige Schein-aristokratische System geeignet ist, auch nur geringe Auswahl für die Besetzung wichtiger Staatsämter mit geeigneten Persönlichkeiten zu ermöglichen. Kaiser und Kanzler haben sich selbst in großer Verlegenheit, wen sie an Stelle Aderers berufen sollten. In England, in Frankreich und anderen Staaten fehlt es nicht an bescheidenen Personen für die leitenden Staatsämter, aber im Deutschen Reiche der jüdischen Vorurteile ist es schwer, den nötigen Nachwuchs ausfindig zu machen.

Es wurde nach Aderers Tode davon gesprochen, daß der Unterstaatssekretär Zimmermann, der seit Jahren die Hauptarbeit im auswärtigen Amt beorgt, zum Staatssekretär aufrücken könnte. Aber wie kann man einen „gewöhnlichen Zimmermann“ in solche Stellung setzen? Ein gewöhnlicher Zimmermann sollte den Herren Vorkämpfern und Gesandten bei den auswärtigen Höfen, fast durchwegs altadeligen Sprösslingen, Befehlen erteilen? Wie sollte er denen imponieren? So etwas geht einfach nicht im „aristokratischen“ Deutschen Reiche. Also es mußte wieder einer gesucht werden, der einen alten Stammesbaum aufweisen kann und zu den „Edelsten der Nation“ zählt. Ob er ein Fähriger ist für den überaus verantwortungsvollen Posten in schwerer Zeit — das steht auf einem ganz anderen Blatt.

Bisher hat die deutsche Öffentlichkeit von diesem Gliebe aus den Beschlechtern derer v. Jagow noch nicht viel vernommen. Niemand konnte in dem Manne, der bisher nur an mehr untergeordneten diplomatischen Posten, im Haag und in Luxemburg, gestanden hat — erst in den letzten Jahren hatte er die bedeutendere Aufgabe in Rom — den Botschafter auf die Leitung der deutschen auswärtigen Politik vernutzen. Aber man hatte eben wohl gar keinen anderen zur Hand, der geeigneter wäre. Auch war dieser Herr v. Jagow einst als Jüngling Douner Borussia, Korpsbruder des Kaisers im feudalen Studentenklub — stets ein günstiger Anfang für die Karriere bis in die obersten Ämter. In konservativer Bestimmung und an feudalen Vorurteilen dürfte es dem neuen Manne nicht fehlen, der übrigens auch mit dem vielberühmten Westfälischen Polizeierben Krauß v. Jagow durch verwandtschaftliche Bande verknüpft ist. Falls der neue Staatssekretär vom Polizeigericht dieses Verwandten angewandt ist, dann müssen wir um die auswärtige Politik des Deutschen Reiches, ganz abgesehen von ihren großen Verwicklungen, auch in den kleineren Fragen, die von Geld und Laß abhängen, mancherlei Besorgnisse haben. Sollte der auswärtige Staatssekretär von den Methoden polizeilicher Schneidigkeit des vetterlichen Polizeipräsidenten etwas auf die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten übertragen, so könnte er leicht den Staatswegen gefährlichen Entgleisungen aussetzen.

Herr v. Jagow tritt sein Amt in einer Zeit bester internationaler Spannungen und schwierigster diplomatischer Verhandlungen an. Das deutsche Volk muß fordern, daß er, soweit er neben Kaiser und Reichskanzler überhaupt dazu beitragen kann, alles ausrichtet, um an der glimpflichsten Regelung des Balkanstreits und an der Erhaltung des europäischen Friedens aufs Ernsthafteste zu arbeiten. Wenn er überdies die große, von der Sozialdemokratie stets am dringendsten gestellte Aufgabe, die Verständigung mit England herbeizuführen, sich zu eigen macht, so würden auch wir unsere Anerkennung nicht verweigern. Zur Stunde aber betrachten wir nicht mit günstigen Erwartungen, sondern nur mit größter Zurückhaltung den Einzug des neuen Mannes aus dem Beschlechte derer v. Jagow in das auswärtige Amt.

Berlin, 6. Januar. Der Unterstaatssekretär Zimmermann hat sich bereit erklärt, auch unter dem neuen Staatssekretär im Amt zu bleiben und seine Kenntnisse des Dienstbetriebes der Zentralstelle weiter zu verwerten. Hierdurch ist eine Gewähr für die Kontinuität der auswärtigen Politik gegeben.

Rom, 6. Januar. In diplomatischen Kreisen beglückwünscht man

als wahrscheinlichen Nachfolger auf dem römischen Vorkämpferposten den Grafen Bedel, der zur Zeit Personalreferent im auswärtigen Amt ist.

Die ergebnislose Finanzministerkonferenz

Wie von einer Anzahl Blättern übereinstimmend gemeldet worden ist, sind die Versuche, eine Einigung der Finanzminister der deutschen Bundesstaaten über den Reichstag vorzuliegenden Besteuerentwurf geschleiert. So berichtet zum Beispiel die Tägliche Rundschau:

Wie man uns mitteilt, haben die heutigen Beratungen im Bundesrat zu keinem Ergebnis geführt. Es haben sich vielmehr so weitgehende Meinungsverschiedenheiten gezeigt, daß es nicht möglich war, zu einer Einigung zu gelangen. Der Reichskanzler will nimmermehr versuchen, durch direkte Verhandlungen bei den Regierungen der Bundesstaaten die Beratungen zu fördern und sodann eine zweite Konferenz der Finanzminister einberufen. Die Mehrzahl der Minister ist heute abend von Berlin abgereist.

Wie das gleiche Blatt meldet, soll die Erbschaftsteuer viele Befürworter unter den Vertretern der Einzelstaaten gehabt haben. Besonders sollen sich die Vertreter Sachsen sehr entschieden für eine Erbschaftsteuer ausgesprochen haben. Aber Bethmann will von einer Erbschaftsteuer nichts wissen, sondern er möchte, wie aus einer offiziellen Darlegung, die kurz vor dem Zusammentritt der Finanzministerkonferenz veröffentlicht worden ist, hervorgeht, eine Vermögenssteuer in der Form einer Vermögenszuwachssteuer.

Zwar war der Reichsregierung bekannt, daß die einzelstaatlichen Regierungen zum großen Teil Gegner einer Vermögenssteuer sind, weil sie befürchten, daß die Einnahmen ihrer Staaten dadurch beeinträchtigt werden. Aber Bethmann hoffte sie doch schließlich herumzutreiben zu können, indem er dem Ding eine etwas andere Form gab. Das ist ihm wohl läufig also noch nicht gelungen. Ueber die Gründe, die Bethmann für seinen Widerstand gegen die Einbringung einer Erbschaftsteuervorlage hat, sagt das erwähnte offizielle Schriftstück folgendes:

Nun haben die Führer der Konservativen und des Zentrums noch unklare Vorstellungen über die Regierung auf das Bestimmteste erklärt, daß sie jede Erbschaftsteuer ablehnen würden. In Reglementen bezweifeln nicht, daß es den beiden Parteien damit ernst ist und daß sie die Ablehnung nötigenfalls zum Fraktionsbeschluß erheben werden, um eine etwaige Erbschaftsteuerfreundliche Minderheit zum Schweigen zu bringen. Gleichwohl wäre im Reichstag auf eine Mehrheit für eine Erweiterung der Erbschaftsteuer zu rechnen, wenn auf die Sozialdemokratie Verlaß wäre. Dieses Vertrauen besteht indes in der Regierung nicht. Vielmehr strebt man, daß die Sozialdemokratie anstatt sich mit dem Entwurf zu begnügen und praktische Politik zu treiben, ihm mit unzumutbaren Forderungen belaste und damit für die bürgerlichen Parteien und die Regierung ungenießbar machen würde. So wendet sich denn die Hoffnung der Regierung mehr der Vermögenssteuer in der Form einer Zuwachssteuer zu.

Nun ist das ja nicht, Bethmann will es um keinen Preis mit den Schwarzblauen verderben. Die Behauptung, daß auf die Sozialdemokratie in der Erbschaftsteuervorlage kein Verlaß sei, ist eine ganz faule Ausrede. Der Herr v. Bethmann dürfte es ja doch erst einmal abwarten, ob die Sozialdemokratie wirklich seine Vorlage mit Forderungen belaste, die ihm als unumgänglich erscheinen.

Der arme Bethmann ist arg in der Klemme. Kommt er mit einer Vermögenssteuer, so werden die Herren Finanzminister wohl, kommt er mit der Erbschaftsteuer, so droht der Horn der Schwarzblauen. Man kann gespannt sein, wie sich Bethmann herauswinden wird. Wahrscheinlich wird er so lange mit den Einzelstaaten herumhandeln, bis er eine seinen Schwarzblauen Herren genehme Vorlage im Reichstag einbringen kann.

Die suspendierten Friedensverhandlungen.

Das Ultimatum der Verbündeten ist ohne ernstere Folgen vorübergegangen — es wird im Laufe dieser Woche weiter verhandelt. Nachdem die Verhandlungen am Sonnabend abermals vertagt werden mußten, unterbreitete Reshid Pascha gestern folgende neue Vorschläge der Porte:

1. Die Türkei ist bereit, im Norden Adrianopels einige neue Gebietszugebungen zu machen, jedoch mit Ausschluß Adrianopels selbst. 2. Die Türkei begibt sich ihrer Rechte auf Creta unter der Bedingung, daß die Abtretung keiner anderen Insel von ihr verlangt wird.

Die Mitglieder der türkischen Mission vertieften darauf den Konferenzsaal, während die Delegierten der Balkanverbündeten zurückzubleiben und nach längerer Beratung zu folgendem Beschlusse kamen: „Die Vorschläge der türkischen Delegierten entsprechen nicht den von den Verbündeten in der vorhergehenden Sitzung formulierten Forderungen, und die vorgeschlagene neue Grundlage für die Verhandlungen war nicht derart, daß sie zu einer Verständigung führen könnte. Die Delegierten der Verbündeten sehen sich daher genötigt, die Arbeiten der Konferenz zu suspendieren.“ Nach der Rückkehr der Türken in den Saal verließ der Präsident Kobakowitsch

die Antwort der Verbündeten und hob die Sitzung auf. Die Türken protestierten und erklärten, der Präsident sei nicht berechtigt, die Sitzung aufzuheben. Nachdem die formelle Sitzung beendet war, wurde den Türken in der darauffolgenden allgemeinen Unterhaltung erklärt, die Verbündeten beabsichtigten nicht, den Abbruch der Verhandlungen herbeizuführen. Da aber eine zufriedenstellende Antwort auf die Vorschläge der Verbündeten vom Freitag nicht eingegangen sei, suspendierten sie die Arbeiten so lange, bis eine zufriedenstellende Antwort erfolge. Im weiteren Verlaufe der nicht formellen Unterhaltung erklärte Reshid Pascha, er habe aber die Bevollmächtigung Adrianopels sprechen wollen, sei aber der Gelegenheit dazu beraubt. Es wurde ihm gesagt, die Angelegenheit sei bereits in einer früheren Sitzung besprochen worden, wobei erklärt worden sei, daß die Konferenz nichts mit den Bedingungen des Waffenstillstandes zu tun habe. Die Türken verließen etwas erregt den Saal.

Wie das Neutürkische Bureau erzählt, sind die Delegierten der Balkanstaaten der Meinung, daß die Vertagung der Konferenz über das griechisch-orthodoxe Weihnachtsfest hinaus den Türken zu weiterer Ueberlegung Zeit geben werde, so daß es ihnen möglich ist, in der nächsten Sitzung annehmbarere Vorschläge zu machen. Die nächste Sitzung findet wahrscheinlich Freitag, vielleicht auch schon Donnerstag statt. Weitere Meldungen drücken die Hoffnung aus, daß der Wiederausbruch der Feindseligkeiten vermieden werden wird. Diese Zuversicht stütze sich auf die Gewißheit, daß die Großmächte im Falle des Scheiterns der Friedensverhandlungen mit großer Kraft auf die beiden Gegner einwirken würden, um das Neutürkische zu vermeiden.

Ein neues Gefecht vor den Dardanellen.

Konstantinopel, 5. Januar. Die türkische Flotte ist gestern in Tätigkeit getreten. Sie lief um 9 Uhr früh aus den Dardanellen und beendete sich im Kampfe mit dem griechischen Geschwader. Ueber den Verlauf des Gefechtes sind Einzelheiten bisher nicht eingetroffen. Hier wird erklärt, der Angriff der türkischen Flotte sei ein Beweis dafür, daß es den Türken mit dem Beharren auf ihren Ansprüchen den Balkanstaaten gegenüber ernst ist.

Athen, 5. Januar. Nach Mitteilungen des Marineministeriums wurde der Angriff der türkischen Flotte bei Tenedos zurückschlagen. Die türkischen Kriegsschiffe sollen zum Teil erhebliche Beschädigungen erlitten und sich nach den Dardanellen zurückgezogen haben.

Die Kämpfe um Janina.

Athen, 6. Januar. Die Lage vor Janina ist unverändert. Der griechischen Artillerie gelang es am Sonnabend, eine türkische Batterie zum Schweigen zu bringen. Unter dem Schutze der Artilleriefeuers unternahm die griechische Infanterie einen Angriff, wobei es ihr gelang, türkische Kräfte gefangen zu nehmen.

Athen, 5. Januar. Wie das Kriegsministerium bekanntgibt, bombardierten mehrere Batterien den Enghaf von Krad mit Erfolg, ebenso die Festungen der Türken bei Pessana. Die Batterien von Vicani liefen einen Angriff der Türken von Retorachi aus durch.

Schloß griechisch.

Athen, 5. Januar. Wie aus Thessalonien gemeldet wird, fand gestern dort unter feierlichen Formen die Einsetzung der griechischen Verwaltung statt.

Zur Uebergabe von Thessalonien.

Die vor einigen Tagen erfolgte, wird noch mitgeteilt: Die Garnison von Thessalonien übergab sich erst nach äußerster Heftigkeit. Der Angriff der Griechen wurde gleichzeitig von der Landarmee und der Flotte ausgeführt, letztere segelte sich aus vier Kreuzern und einem Kanonenboot zusammen. Die Türken verteidigten sich heldenhaft.

Rumänische Kundgebungen gegen Griechenland.

Athen, 5. Januar. Einer Meldung der Zeitung Empress zufolge kam es in Konstantina zu großen Kundgebungen gegen Griechenland. Die Massen zerstörten mehrere griechische Geschäfte und veranstalteten eine lärmende Kundgebung vor dem griechischen Konsulate. Militär mußte einschreiten und konnte nur mit vieler Mühe die Ruhe und Ordnung wieder herstellen.

Die Lage in Montenegro.

London, 6. Januar. Nach Korrespondenzen der Times aus Cetinje und Korcu scheint die innere Lage in Montenegro nicht unbedenklich zu sein. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Frage der Erwerbung der Stadt Sirtari und des Landes bis zum Eintritte von kritischer Bedeutung für die Dynastie wird. Es haben bedauerliche Verhandlungen mit Oesterreich stattgefunden, aber diese Nacht begehrt keine Meinung, ihre Stellung zu dem künftigen albanischen Staat ohne Gegenleistung zu opfern.

Revolutionäre Kundgebungen in Istanbul.

Konstantinopel, 6. Januar. Die revolutionäre Partei manifestierte in dem Sirlefi genannten Stadtviertel von Istanbul. Der Polizei gelang es erst nach vieler Mühe und nachdem sie verschiedene Verhaftungen vorgenommen hatte, die Manifestanten zu zerstreuen. Man spricht hier von einer geheimen Gesellschaft, die verschiedene Attentate vorbereitet hätte. Die Existenz dieser Gesellschaft sei der Polizei schon seit langem bekannt gewesen, doch hätten die Mitglieder der Gesellschaft es bisher geschickt verstanden, sich allen Nachforschungen der Behörden zu entziehen.

hier Kopf mit den Zeichen Augen und den großen Ohren, das hochgehende Quoten und dem abgesetzten Boden war das Hauptmerkmal an ihm. Sogar freuten sie sich über die in ganz unmaßhaltigen Gesen. Man mußte mit, was man mehr anerkennen sollte. Gibt aber keine Zweifel. Die hohen Identifizierung und oben von einer so merkwürdigen Weise. ...